

Kebschull, Dietrich; Todenhöfer, Jürgen; Kollatz, Udo

Article — Digitized Version

Thesen zur Entwicklungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich; Todenhöfer, Jürgen; Kollatz, Udo (1975) : Thesen zur Entwicklungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 7, pp. 333-341

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134835>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Thesen zur Entwicklungspolitik

Das Bundeskabinett hat am 9. Juni in einer Sondersitzung 25 Thesen zur Entwicklungspolitik verabschiedet (nachzulesen auf S. 336), um die entwicklungspolitische Konzeption des Bahr-Vorgängers Eppler an die veränderten Realitäten anzupassen. Wo liegen die neuen Akzente, wo die kritischen Punkte? Wir fragten Dr. Kebschull, Dr. Todenhöfer und Prof. Kollatz.

Dietrich Kebschull

Nichts außer Thesen?

Entwicklungspolitik erfreut sich in der Bundesrepublik keiner allzugroßen Popularität. Schon deshalb muß es als besondere Leistung des zuständigen Ministers angesehen werden, daß es ihm gelang, das gesamte Kabinett zu einer Klausurtagung zusammenzuholen und über die Ausrichtung der Entwicklungspolitik diskutieren zu lassen.

Eine solche Diskussion war seit langem fällig. Seit der letzten Fassung der „entwicklungspolitischen Konzeption“ unter Minister Eppler sind umfangreiche wirtschaftliche und politische Veränderungen eingetreten. Trotz eines starken Differenzierungsprozesses innerhalb der Entwicklungsländer ist das Selbstbewußtsein und die Solidarität dieser Gruppe insgesamt erheblich gewachsen. Sie stellt neue umfangreiche Forderungen

an die westlichen Industrieländer, die erstmals seit Kriegsende nahezu gleichzeitig eine Phase der wirtschaftlichen Depression durchmachen. Ihnen allen fällt es schwerer, die Zielvorgaben der Zweiten Entwicklungsdekade zu erfüllen. Die Verbindung entwicklungspolitischer Aktivitäten mit eigenen Interessen hat allgemein an Bedeutung gewonnen.

Pragmatismus statt Altruismus

Von Egon Bahr wurde erwartet, daß seine Politik den neuen Konstellationen Rechnung trägt. Die vielfach als zu missionarisch und altruistisch kritisierte Politik seines Vorgängers sollte bei ihm auf Pragmatismus umgetrimmt werden. Wer allerdings gehofft hatte, aus den bei der Klausurtagung verabschiedeten 25 Thesen die neue Richtung der Ent-

wicklungspolitik zu erkennen, wurde enttäuscht.

Die Thesen zeichnen sich durch geschickte Formulierungen aus. Sie gehen jedoch über viele Probleme hinweg und vermitteln den Eindruck einer schönen, heilen Welt. Dem Leser wird sehr schnell klar, daß es sich hier um ein Kompromißpapier handelt, in dem bewußt jede Kollision mit anderen Ressorts – sei es Wirtschaft, Finanzen oder Außenpolitik – vermieden wird. So werden zwar viele Ideen entwickelt, aber ihre Konkretisierung bleibt noch weitgehend im Verborgenen.

Typisch für den Kompromißcharakter der Thesen erscheint die Abgrenzung der Entwicklungspolitik gegenüber anderen Bereichen der Gesamtpolitik. Minister Eppler hatte sich stets bemüht, die Entwicklungspolitik

weder als Hilfsinstrument der Außenpolitik noch als konjunkturpolitisches Zusatzprogramm mißbrauchen zu lassen. Für ihn war Entwicklungspolitik eine langfristig angelegte Friedenspolitik für die Welt von morgen.

Der Text der These 2 macht dagegen nicht klar, welche Rolle die Entwicklungspolitik bei Zielkonflikten mit der Außen- und Wirtschaftspolitik spielen wird. Daß die Bundesregierung sich im Rahmen ihrer Gesamtpolitik um einen Interessenausgleich bemühen wird, ist selbstverständlich. Schön wäre allerdings zu wissen, wie das geschehen soll.

Vage bleibt auch die Verwirklichung des Ziels, daß Entwicklungspolitik zum Abbau internationaler Konfrontation beitragen soll (These 3). Minister Bahr selbst unterstrich dieses Ziel bei der Bekanntgabe der Thesen mit den Worten: „Die Bundesregierung wird verstärkt eine aktive Rolle spielen, um zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zum Abbau von Meinungsverschiedenheiten beizutragen.“¹⁾

Offensichtlich geht es dabei vor allem um die künftigen Verhandlungen im Energie- und Rohstoffbereich sowie um die Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung. Doch hier kommen Zweifel an den Möglichkeiten der Bundesrepublik auf, sich zum „ehrlichen Makler“ aufzuschwingen; denn bis heute steht sie den Forderungen der Entwicklungsländer ablehnender gegenüber als eine Reihe anderer Industriestaaten. Dies mag gute Gründe haben, aber die Entwicklungsländer dürften recht wenig von „Vermittlern“ halten, die sich darauf beschränken, die Vorzüge des Preismechanismus und seiner Steuerungskraft zu preisen, und Abweichungen von

ihren Vorstellungen sogleich als Weg in die Knechtschaft der Planwirtschaft brandmarken.

Hoffen auf OPEC

Gerade im Bereich der Handelspolitik – insbesondere soweit sie Rohstoffe betrifft – scheint aber ein Entgegenkommen unerlässlich. Denn auf einen erheblichen Anstieg der finanziellen Hilfeleistungen kann man in absehbarer Zeit kaum hoffen. Die Schwierigkeiten, diese Leistungen zu erhöhen, machen es verständlich, daß die Bundesrepublik versucht, andere Geldgeber zu mobilisieren. Insbesondere die OPEC-Länder sollen ihre Öll milliarden stärker für Zwecke der Entwicklungspolitik einsetzen.

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Dr. Dietrich Kebschull, 35, Dipl.-Volkswirt, ist Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. Jürgen Todenhöfer, 34, ist Bundestagsabgeordneter und entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn.

Prof. Dr. Dr. Udo Kollatz, 44, ist Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn.

Zunächst dürften diese Länder allerdings nur begrenzte Neigung dazu verspüren, sich in dieser Weise festzulegen. Sie werden zwar einige Kredite geben, doch dürfte dies vorwiegend unter kommerziellen und außenpolitischen Aspekten erfolgen. Für eine eigene, umfangreiche Entwicklungspolitik fehlt ihnen vor allem die Prüfungskapazität. Länder wie die Bundesrepublik können dabei Hilfeleistung leisten. Daß eine derartige Kooperation längerfristig zu vermehrten Dreiecksgeschäften führt, bleibt allerdings nur eine Hoffnung. Kurzfristig dürfte diese viel diskutierte und -gerühmte Form der Entwicklungspolitik nur einen marginalen Beitrag zur Mobilisierung zusätzlichen Kapitals leisten.

Die OPEC-Staaten werden die finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Entwicklungspolitik nicht beseitigen. Insofern ist es eine Notwendigkeit, die Politik der gleichberechtigten Partnerschaft, die Bahr wünscht, stärker auf die Handels- und Strukturpolitik zu konzentrieren. Während aber den Ölländern ganze vier Thesen gewidmet sind, bleiben die Aussagen zu diesen Bereichen sehr knapp.

Keine neue Handels- und Strukturpolitik

Die Bundesregierung bekennt sich zu handelspolitischen Vergünstigungen für die Entwicklungsländer. Erwähnt werden jedoch nur die Einräumung von Zollpräferenzen und der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Hier wäre unter anderem zu fragen,

- ☐ wie eine solche Politik im Agrarbereich aussehen soll,
- ☐ wann und in welcher Weise der hohe effektive Zollschatz auf weiterverarbeitete Rohstoffe beseitigt wird,
- ☐ ob Rohstoffabkommen, bufferstocks u. ä. nicht auch zu den

¹⁾ Vgl. Egon Bahr: Politik der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, Nr. 75, S. 698, Ziffer 5.

möglichen handelspolitischen Erleichterungen gehören.

Wenn Handelserleichterungen gewährt werden, so sollte den betroffenen Entwicklungsländern damit auch tatsächlich der Marktzugang ermöglicht werden. Daß Zollpräferenzen und der erst in den Anfängen steckende Abbau der nicht-tarifären Hemmnisse dazu nicht ausreichen, braucht nach den bisherigen Erfahrungen eigentlich nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Bis heute leiden zahlreiche Entwicklungsländer darunter, daß ihnen der Zugang zu den Märkten der Industrieländer versperrt ist. Die These 13 könnte ihnen Hoffnung geben. Denn dort heißt es, daß „die Bundes-

regierung die strukturpolitische Anpassung an den unvermeidlichen Strukturwandel im Gefolge vermehrter Einfuhren verstärkt erleichtern“ werde. Aber was bedeutet „unvermeidlich“? Wer schon hier Zweifel daran bekommt, daß das Kabinett sich nun doch einmal für eine sinnvolle, vorausschauende Strukturpolitik ausgesprochen hat, wird durch den Nachsatz endgültig enttäuscht. Denn er macht klar, daß vermehrte Einfuhren nur solange sinnvoll sind, wie es nicht zu schwerwiegenden Ungleichgewichten bei Produktion und Beschäftigung kommt. Daß Entwicklungsländereinfuhren häufig zu solchen „schwerwiegenden“ Ungleichgewichten führen, wird eine tüchtige Lobby sicherlich beweisen.

Konkretere Aussagen über die Art der Politik, die auf den Thesen basiert, sind insofern unerlässlich. Das gilt auch für den instrumentellen Teil, der mit These 14 beginnt. Den dort gemachten Aussagen läßt sich insgesamt nur beipflichten. Denn Entwicklungshilfe muß sich verstärkt den ärmsten Ländern widmen, sie muß Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung beseitigen, sie sollte sich der Geburtenkontrolle widmen, arbeitsintensive Technologien und landwirtschaftliche Entwicklung fördern und privatwirtschaftliche Initiativen – soweit sie entwicklungspolitisch sinnvoll sind – unterstützen. Sie kann außerdem Kapitalhilfe zu unterschiedlichen Konditionen vergeben. Zu fragen bleibt allerdings, wie eine

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

DEMNÄCHST ERSCHEINT

Henry Krägenau

INTERNATIONALE DIREKTINVESTITIONEN 1950–1973

Vergleichende Untersuchung und Statistische Materialien

Die Bedeutung internationaler Direktinvestitionen als Instrument der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die vorliegende Studie dient der umfassenden Information über die quantitative Entwicklung der Direktinvestitionstätigkeit. Vergleichend werden darin u. a. Investitionsbestände, Nettokapitalabflüsse, Branchen- und Regionalstrukturen, Gewinnentwicklungen für die wichtigsten Herkunftsländer untersucht. Schwerpunkt des Buches ist ein statistischer Teil mit mehr als hundert zum Teil sehr differenzierten Tabellen. Er bietet für die Nachkriegszeit einen geschlossenen Überblick über die Investitionen sowohl im als auch aus dem Ausland für zwölf Länder beziehungsweise Regionen.

Großoktav, 243 Seiten, 1975, Preis brosch. DM 35,–

ISBN 3-87895-131-0

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

derartige Politik in Anbetracht zahlreicher einengender Rahmenbedingungen finanziert und durchgeführt werden kann.

Haben diese Aussagen jedoch insgesamt große Ähnlichkeit mit der bereits von Eppler betriebenen Entwicklungspolitik, so gilt dies sicher nicht für die Betonung des Eigeninteresses, die speziell bei der Sicherung der Rohstoffversorgung zum Ausdruck kommt. Egon Bahr hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er Entwicklungspolitik zwar zugunsten der Entwicklungsländer betreibt, daß aber verbesserte politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Dritten Welt nicht zufälliges Nebenprodukt, sondern geplantes Resultat sein sollen. Solange damit humanitäre Überlegungen nicht völlig ausgeschaltet werden, erscheint diese Ausrichtung der Politik ehrlicher und realistischer. Sie braucht auch keineswegs im Konflikt mit der Förderung der ärmsten Länder oder der Nahrungsmittelhilfe zu stehen.

Schwierigkeiten kommen erst

Beurteilt man die Thesen insgesamt, so ist festzustellen, daß sie mit Ausnahme der Betonung des Eigeninteresses und differenzierter Konditionen bei der Kapitalhilfe recht wenig über den zukünftigen Kurs aussagen – zumal in These 24 ergänzend ausgeführt wird: „Die Vorlage präjudiziert nicht die Haushaltsberatungen.“

Die Thesen sind allenfalls ein erster Rahmen, der durch die Fortschreibung der Konzeption, in der entwicklungspolitischen Debatte, in Haushaltsberatungen und auf internationalen Konferenzen ausgefüllt werden muß. Dabei sollte die Bundesregierung – insbesondere wenn sie in eine Vermittlerrolle hineinwachsen will – nicht zu viel Zeit verstreichen lassen. Denn sonst wäre außer Thesen nichts gewesen.

Die 25 Thesen

Das Bundeskabinett hat am 9. Juni in einer Sondersitzung folgende „Thesen zur Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“ verabschiedet, die die Grundlage für die zweite Fortschreibung der „Entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesrepublik Deutschland“ im Herbst dieses Jahres bilden sollen:

1. Auch für die Entwicklungspolitik trifft der Grundsatz der Kontinuität und Konzentration zu. Das gilt in unserer bilateralen Politik, bei der Mitgestaltung der Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und für unsere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt im Rahmen der VN, ihrer Sonderorganisationen und sonstiger internationaler Organisationen.

2. Entwicklungspolitik ist Teil der Gesamtpolitik der Bundesregierung; diese wird sich bemühen, bei der Durchführung einen Ausgleich zwischen entwicklungspolitischen Erfordernissen und unseren anderen Interessen herzustellen.

3. Die Entwicklungspolitik soll zum Abbau internationaler Konfrontation beitragen. Die Bundesrepublik Deutschland orientiert sich dabei auch an den von ihr angenommenen Grundsätzen der Vereinten Nationen und den in der OECD vereinbarten Prinzipien.

4. Es ist nicht beabsichtigt, den multilateralen Anteil, der gegenwärtig annähernd 30 % der aufgewendeten Mittel beträgt, zu erhöhen. (Damit nimmt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein.) Innerhalb der multilateralen Entwicklungshilfe soll die gemeinsame Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft Vorrang haben.

5. Eine verstärkte Beteiligung des Rates und der Mitgliedstaaten bei der Planung und Durchführung der entwicklungspolitischen Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft ist notwendig.

6. Eine unseren Aufwendungen entsprechende personelle Repräsentanz ist in den internationalen Gremien und Behörden anzustreben.

7. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die OPEC-Länder sich bei ihren Leistungen für Entwicklungsländer stärker an entwicklungspolitischen Kriterien orientieren, insbesondere sich den Vergabekonditionen der Industrieländer annähern, ihre Entwicklungshilfe geographisch weiter auffächern und dabei stärker nach der Bedürftigkeit der Empfängerländer differenzieren.

8. Die OPEC-Länder sollen eine ihren Beiträgen zu internationalen Institutionen (IWF, Weltbank etc.) entsprechende verstärkte Mitverantwortung bei deren Entscheidungen erhalten.

9. Die Bundesregierung wird den weiteren Entwicklungsprozeß der OPEC-Länder, insbesondere den Aufbau einer leistungsfähigen Infra- und Industriestruktur, tatkräftig unterstützen. Dabei sollen vor allem das Instrumentarium der technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit, der Förderung priva-

ter Leistungen und die Handelspolitik zum Zuge kommen.

10. Die Bundesregierung ist bereit, mit den OPEC-Ländern zusammen im Wege der Dreieckskooperation Entwicklungsprojekte in anderen Entwicklungsländern zu fördern.

11. Die Bundesregierung unterstreicht die Bedeutung der Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer und wird sie dementsprechend fördern.

12. Die Bundesregierung wird sich darum bemühen, daß die Europäische Gemeinschaft, auch im Rahmen des GATT, den Entwicklungsländern weitere handelspolitische Vergünstigungen durch Zollpräferenzen und Abbau von nicht-tarifären Hemmnissen gewährt.

13. Die Bundesregierung wird die strukturpolitische Anpassung an den unvermeidlichen Strukturwandel im Gefolge vermehrter Einfuhren verstärkt erleichtern; dabei ist zu vermeiden, daß es zu schwerwiegenden Ungleichgewichten bei Produktion und Beschäftigung kommt.

14. Die Bundesregierung wird die Bedingungen der im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit aufgewendeten Mittel so anpassen, daß (ab 1976) wirtschaftlich fortgeschrittenere Entwicklungsländer härtere, die am stärksten betroffenen Länder dagegen günstigere Konditionen erhalten (fortgeschrittenere Entwicklungsländer: 4,5 % Zinsen, 20 Jahre Laufzeit, 5 tilgungsfreie Jahre; die günstigsten Bedingungen betragen: 0,75 % Zinsen, 50 Jahre Laufzeit, 10 tilgungsfreie Jahre; die Standard-Konditionen: 2 % Zinsen, 30 Jahre Laufzeit, 10 tilgungsfreie Jahre).

15. Die Bundesregierung wird die im Rahmen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern verfügbaren Mittel schwerpunktmäßig einsetzen. Der Anteil der

(33) ärmsten Entwicklungsländer soll weiter erhöht werden. (Für sie sieht die Rahmenplanung 1975 bereits jeweils rund 40 % der Kapitalhilfe und der Technischen Hilfe vor.)

16. Die Bundesregierung wird in Anbetracht der gefährdeten Nahrungsmittelversorgung der Entwicklungsländer die ihr für die Zusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mittel so weit wie möglich auf die ländliche Entwicklung konzentrieren. (Auf den ländlichen/agrarischen Sektor entfällt in diesem Jahr fast jede dritte Mark des BMZ-Etats.) Sie wird – soweit dies notwendig ist – zur Überwindung von Versorgungskrisen ihre Nahrungsmittelhilfe fortsetzen.

17. Die Bundesregierung wird durch Förderung arbeitsintensiver Technologien in den Entwicklungsländern dazu beitragen, daß die von ihr zur Verfügung gestellten Mittel insgesamt einen wirksamen Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems leisten.

18. Die Bundesregierung wird wegen der besorgniserregenden Zunahme der Weltbevölkerung bevölkerungspolitische Maßnahmen der Entwicklungsländer und der multilateralen Institutionen mit besonderem Nachdruck unterstützen.

19. Die Bundesregierung wird auf internationaler Ebene mit Nachdruck auf die Bedeutung der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer hinweisen und die Notwendigkeit der Rechtssicherheit und eines gesunden Investitionsklimas in den Entwicklungsländern unterstreichen.

20. Die Bundesregierung wird sich bemühen, das Interesse an einer Sicherung der Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft mit den Interessen der Entwicklungsländer nach Steige-

rung ihrer Ausfuhren und einem Ausbau der Rohstoffverarbeitung in Einklang zu bringen.

21. Die Bundesregierung wird den Ausbau der für die technische Zusammenarbeit zur Verfügung stehenden Kapazitäten, unter besonderer Berücksichtigung des Angebots der deutschen Wirtschaft und der neu geschaffenen Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, die an die Stelle der am 30. Juni 1975 durch das BMZ aufzulösenden Bundesstelle für Entwicklungshilfe tritt, beschleunigen.

Ferner wird sie sich bemühen, die Koordinierung der mit der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, insbesondere mit Fragen des Technologietransfers, befaßten Bundesressorts zu intensivieren.

22. Das Planungs-, Durchführungs- und Prüfungsverfahren für Programme und Projekte der Zusammenarbeit soll in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Entwicklungsländer weiter vereinfacht und verbessert werden.

23. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Zusagen von Leistungen an einzelne Entwicklungsländer auf längere Zeiträume als bisher zu beziehen, um eine Konzentration des Mitteleinsatzes, z. B. für Großprojekte, und Verwaltungskostenersparnisse zu erreichen.

24. Die Vorlage präjudiziert nicht die Haushaltsberatungen.

25. Die Bundesregierung erkennt das entwicklungspolitische Engagement der gesellschaftlichen Gruppen an und erwartet, daß diese Anstrengungen nicht vermindert werden. Nur durch ein Zusammenspiel aller staatlichen und privaten Initiativen kann ein wirkungsvoller Beitrag zum Abbau der Nord-Süd-Spannung und damit zu einer langfristigen Friedenssicherung geleistet werden.

Flucht in die Mehrdeutigkeit

Fragen an Jürgen Todenhöfer

WD: Minister Bahr stellte sowohl vor der Presse als auch als erste der 25 Thesen zur Entwicklungspolitik fest, daß der von Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 aufgestellte Grundsatz der „Kontinuität und Konzentration“ auch für die Entwicklungspolitik zuträfe. Ist dieser Grundsatz Ihrer Ansicht nach in den genannten Thesen zum Tragen gekommen?

TODENHÖFER: Dies ist eine der vielen Mehrzweckformeln, die die gesamten entwicklungspolitischen Thesen Bahrs durchziehen. Für diese Flucht in die Mehrdeutigkeit gibt es im Grunde nur zwei Erklärungen: Entweder hat Bahr keine Konzeption, oder aber er hat eine Konzeption, die er nicht offenlegen will. Beides ist nicht sehr beruhigend.

WD: Laut Zitat ist es Ihrer Meinung nach Herrn Bahr mit diesen Thesen nicht gelungen, eine widerspruchsfreie Linie zu finden. Wo liegen die Widersprüche?

TODENHÖFER: Der Grundwiderspruch liegt in seinem Versuch, zumindest vorerst sowohl die Linke als auch die Rechte konzeptionell zufriedenzustellen, indem er nach Links erklärt, Epplers Konzeption gelte weiter, während er nach Rechts das

ationale Eigeninteresse herausstellt. Dieser Grundwiderspruch wird in keiner der 25 Thesen aufgelöst.

WD: Welche grundsätzlichen Unterschiede bestehen zu den entwicklungspolitischen Leitlinien Ihrer Partei?

TODENHÖFER: Das läßt sich umfassend erst beantworten, wenn Bahr von seiner Entwicklungspolitik den Schleier der Mehrdeutigkeit nimmt und den Mut zu konzeptioneller Ehrlichkeit findet. Zur Zeit deuten sich Unterschiede vor allem in der Frage der Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung an. Hier scheint Bahr bereit zu sein, systemändernde Zugeständnisse zu machen, während wir der Ansicht sind, daß Zugeständnisse an die Entwicklungsländer systemkonform sein müssen, wenn sie langfristig wirklich helfen sollen.

WD: Laut Pressemitteilungen haben Sie geäußert, Herr Bahr habe sich in Detailfragen „schwarze Federn“ an seinen „roten Hut“ gesteckt. Welches sind die „schwarzen Federn“?

TODENHÖFER: Ein Beispiel ist die Differenzierung der Zinskonditionen, die auf einen öffentlichen Vorschlag der Opposition 14 Tage nach dem Amtsantritt Bahrs zurückgeht.

Wir begrüßen die Übernahme derartiger Einzelforderungen ausdrücklich. Entscheidend für unsere Haltung zu Bahr wird allerdings sein, ob er unsere Konzeption auch in den Grundfragen übernimmt, und zwar nicht nur verbal, sondern auch in der politischen Praxis.

WD: Minister Eppler versäumte nie, darauf hinzuweisen, daß eine langfristig ausgerichtete Entwicklungspolitik eine Friedenspolitik für die Welt von morgen sei und sich nicht kurzfristigen außenpolitischen Überlegungen unterordnen könne. Demgegenüber betont sein Nachfolger Bahr eindeutig das Eigeninteresse der Bundesrepublik in der Entwicklungspolitik sowie ihre außenpolitische Bedeutung. Wie sehen Sie das Verhältnis von Außen- und Entwicklungspolitik?

TODENHÖFER: Die Entwicklungspolitik muß stärker mit der Außenpolitik koordiniert und in die Gesamtpolitik eingeordnet werden. Ich glaube, daß Bahr dies genauso sieht. Die entscheidende Frage im Falle einer Einordnung der Entwicklungspolitik in die Gesamtpolitik ist jedoch, welches die Ziele dieser Gesamtpolitik gegenüber den Entwicklungsländern sind. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß Bahr hier ganz andere Ziele im Auge hat als etwa Genscher, Friderichs oder die CDU/CSU.

WD: Die Bundesregierung will verstärkt eine aktive Rolle beim Abbau der Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern spielen. Herr Bahr lehnte es jedoch ab, eine Stellungnahme zu den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ abzugeben. Welche Position

sollte die Bundesrepublik in diesen Fragen Ihrer Ansicht nach einnehmen?

TODENHÖFER: Die Alternative zur sogenannten neuen Weltwirtschaftsordnung ist ein umfangreiches Liberalisierungsprogramm der Industrieländer. Bahr scheint ein derartiges Liberalisierungsprogramm innenpoli-

tisch für schwerer durchsetzbar zu halten als systemändernde Zugeständnisse im Bereich der Weltwirtschaftsordnung. Dies ist jedoch Flexibilität an der falschen Stelle. Die Probleme der Entwicklungs- sowie der Industrieländer sind nur in einer freien Weltwirtschaftsordnung lösbar.

Anpassung an die Realitäten

Fragen an Udo Kollatz

WD: Herr Staatssekretär, man kann darüber streiten, ob die Politik Epplers durch die „25 Thesen zur Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“ neue Akzente erhält oder sogar eine echte Tendenzwende bevorsteht. Ein Novum scheint zumindest die eindeutige Betonung des Eigeninteresses der Bundesrepublik in dieser Zusammenarbeit zu sein. Welche Interessen sind damit gemeint?

KOLLATZ: Entwicklungspolitik ist Teil der Gesamtpolitik der Bundesregierung und dient damit auch den Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Sie dient der langfristigen Friedenssicherung und, indem sie zur Stärkung der Entwicklungsländer als Wirtschaftspartner mit größer werdenden Absatzmärkten beiträgt, der Sicherung auch des von uns erreichten Lebens-

standards. Dies sind unsere Interessen. Aber auch die Entwicklungsländer verfolgen ihre Interessen. Und dies sehr deutlich und mit Nachdruck. Entwicklungspolitik zielt deshalb auf einen Interessenausgleich ab. Sie sucht die Zusammenarbeit dort, wo sich unsere Interessen mit den Interessen des Entwicklungslandes auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen und die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen ist.

Grundlage der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bleibt „Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland“. Die weltwirtschaftliche Entwicklung seit der Ölpreisexplosion im Herbst 1973 hat jedoch Anpassungen dieser Konzeption an die veränderten Realitäten erfordert. Die 25 Thesen zur Politik der

Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bringen dies zum Ausdruck; sie machen deutlich, mit welchen entwicklungspolitischen Maßnahmen die Bundesregierung auf die weltwirtschaftlichen Veränderungen reagiert; sie setzen dort neue Akzente, wo sie sachlich notwendig sind.

WD: Die Bundesregierung beabsichtigt, den Anteil der multilateralen Hilfe auf maximal 30 % zu beschränken. Auch dies scheint gegenüber früheren Jahren – wenn schon nicht praktisch, so doch konzeptionell – ein neuer Akzent zu sein. Welches sind die Gründe dafür – das stärker betonte Eigeninteresse oder die häufig kritisierte Ineffizienz multilateraler Organisationen?

KOLLATZ: Die Bundesregierung hat schon in ihrer entwick-

lungspolitischen Konzeption von 1971 erklärt, daß sie zwar einen zunehmenden Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe (mindestens 20 %) multilateralen Organisationen zuleiten wird, daß aber auch weiterhin die bilaterale Hilfe quantitativ überwiegen wird. Inzwischen hat der Anteil der multilateralen Leistungen an der öffentlichen Entwicklungshilfe nahezu 30 % erreicht. Hierin spiegelt sich unsere aktive Beteiligung an allen maßgeblichen internationalen Entwicklungshilfe-Institutionen wider. Das bedeutet, daß unsere seinerzeit erklärte Absicht nunmehr verwirklicht ist und wir in eine Phase der Konsolidierung eingetreten sind. Diesen Vorgang würde ich nicht als Akzentverlagerung bezeichnen. Wir haben mit unseren multilateralen Leistungen im internationalen Vergleich eine gute Position erreicht – viele andere Länder stehen bei etwa 20 % – und bewahren gleichzeitig den Vorrang für die bilaterale Zusammenarbeit. Dieses ausgewogene Verhältnis wollen wir auch in Zukunft erhalten.

WD: Einerseits wird das Eigeninteresse – auch das außenpolitische – betont, andererseits die bilaterale Entwicklungshilfe stärker akzentuiert. Besteht nicht die Gefahr, daß hierdurch neuen „Hallstein-Doktrinen“ Vorschub geleistet wird, insbesondere wenn man bedenkt, daß sich eine erneute Kürzung des Entwicklungsetats deutlich abzeichnet?

KOLLATZ: Entwicklungspolitik ist partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Entwicklungsländern. Sie zielt auf Interessenausgleich ab, nicht jedoch auf die einseitige Durchsetzung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die Gefahr neuer „Hallstein-Doktrinen“ in der Entwicklungspolitik besteht nicht. Wohl-

verhaltensbedingungen sind keine Basis für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Aber: Wir sind als souveräner Staat in unseren Entscheidungen frei, und die Entwicklungsländer bleiben es auch. Wir haben die Absicht, unsere Hilfe auf die Bereiche zu konzentrieren, die in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung Priorität haben.

WD: In einigen Detailfragen – Konzentration der bilateralen Hilfe auf die 33 ärmsten Länder, nach Entwicklungsstand gestaffelte Kreditkonditionen, verstärkte Förderung des ländlichen/agrarischen Sektors – scheint es keine großen Meinungsunterschiede zwischen den politischen Gruppierungen zu geben. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU, Herr Todenhöfer, behauptet sogar – laut Presseveröffentlichungen –, Herr Bahr habe sich „schwarze Federn“ an seinen „roten Hut“ gesteckt. Hat er?

KOLLATZ: Ich kenne Herrn Bahr schon lange, aber ich habe ihn noch nie mit Hut gesehen. Im übrigen freut es mich – und erleichtert unsere Arbeit –, wenn Sie in wichtigen Fragen Einmütigkeit der politischen Kräfte dieses Landes konstatieren.

WD: Entwicklungspolitik wird – laut Aussage der Bundesregierung – zunehmend zu einem Mittel der Milderung von internationalen Spannungen und ist ein wichtiger Teil der Außenbeziehungen. Trotzdem steht der Entwicklungsetat wieder zur Disposition, wodurch zwangsläufig Ihre Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Liegt hier nicht ein Widerspruch vor?

KOLLATZ: Nein. Zunächst einmal, der Bundeshaushalt 1976 ist noch nicht aufgestellt. Wir werden uns darum bemühen, daß sich der Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche

Zusammenarbeit proportional zum Gesamthaushalt entwickelt. Vor allem aber ist Entwicklungspolitik nicht nur Entwicklungshilfe. Entwicklungshilfe ist das Kernstück, und wir werden durch weitere Konzentrationen, z. B. auf die ärmsten Länder, für eine verbesserte Wirkung unserer Mittel sorgen. Aber darüber hinaus gewinnt der Gedanke der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auch in den Bereichen an Bedeutung, die bisher eher der angeblich „reinen“ internationalen Wirtschaftspolitik zugeordnet worden sind. Die Bewegungsmöglichkeiten der Entwicklungspolitik werden also keinesfalls eingeschränkt.

WD: Im Zusammenhang mit der Milderung von internationalen Spannungen eine weitere Frage. Die Bundesregierung will verstärkt eine aktivere Rolle beim Abbau der Meinungsverschiedenheiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern spielen. Diese Meinungsunterschiede lassen sich mit dem Schlagwort „Neuordnung der Weltwirtschaft“ umreißen. In den Thesen wird einerseits – wenn überhaupt – nur sehr vage auf die damit verbundenen Probleme eingegangen, andererseits sind aus dem „Regierungslager“ zu einzelnen Fragenkomplexen sehr unterschiedliche Standpunkte zu hören. Deshalb konkret die Fragen: Wie steht die Bundesregierung zu Rohstoffabkommen, zur Bildung von Produzentengemeinschaften, zu einer Indexierung von Rohstoff- und Industriegüterpreisen sowie zur Souveränität der Entwicklungsländer über ihre Ressourcen und ihr Recht auf Verstaatlichung?

KOLLATZ: Die Auswirkungen von Rohstoffabkommen können wegen der höchst unterschiedlichen Voraussetzungen bei den einzelnen Rohstoffen nur schwer generalisiert werden.

Aus diesem Grund hält die Bundesregierung nichts von einheitlichen Patentlösungen für alle Rohstoffprobleme. Sie ist jedoch bereit, nach sorgfältiger Prüfung Rohstoffabkommen abzuschließen, die die jeweiligen spezifischen Probleme berücksichtigen.

Viele Entwicklungsländer sehen in der Zulassung von Produzentengemeinschaften eine geeignete Maßnahme zur Stabilisierung bzw. Steigerung ihrer Rohstoffexporterlöse und fordern, daß die Industrieländer auf jegliche Gegenmaßnahmen verzichten. Sie haben dabei offengelassen, zu welchem Zweck (Kampfkartelle, Austausch von

Informationen und Erfahrungen, Kooperation bei Produktion und Vermarktung) diese gebildet werden sollen. Aber außer Erdöl erscheinen andere Rohstoffe kaum als kartellfähig.

Die Bundesregierung spricht sich, mit anderen Industrieländern, gegen Rohstoffkartelle aus.

Die Bundesregierung hat die Argumente für und gegen die Preisindexierung sorgfältig geprüft. Dabei ist sie, wegen der großen technischen Schwierigkeiten und der weltwirtschaftlichen Gefahren, wie die Mehrheit der anderen Industrieländer, zu einer ablehnenden Haltung

gekommen. Auch die Haltung der Entwicklungsländer selbst scheint sich allmählich etwas zu differenzieren.

Die Bundesregierung erkennt das Recht der Entwicklungsländer auf uneingeschränkte Souveränität über ihre Ressourcen an, lehnt jedoch Enteignungen ab, die das Völkerrecht ausschließen.

Ein ausreichender Rechtsschutz für ausländische Investitionen liegt übrigens im Interesse der Entwicklungsländer selbst, da ein gutes Investitionsklima Voraussetzung für die dort dringend benötigten Investitionen bleibt.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

DEMNÄCHST ERSCHEINT

Axel Borrmann, Dieter W. Vogelsang

ZUM VERHÄLTNIS VON AUSSENWIRTSCHAFTS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Untersuchung beginnt mit Aussagen der theoretischen Wirtschaftspolitik, die als Grundlage für die zu behandelnde Problematik wichtig sind. Im zweiten Teil werden Grundsätze und Ziele der gegenwärtigen Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik dargestellt und die Bedeutung außenwirtschaftlicher Beziehungen für die Entwicklungsländer und die Bundesrepublik Deutschland erfaßt. Der dritte Teil analysiert wesentliche Instrumente der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik im Hinblick auf die interdependenten Wirkungen. Im letzten Teil wird schließlich der Versuch unternommen, Möglichkeiten und Grenzen einer harmonischen Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik aufzuzeigen.

Großoktav, 409 Seiten, 1975, brosch. DM 46,—

ISBN 3-87895-130-2

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G